

Einwanderung als Chance begreifen

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE debattierte der Landtag zu Zuwanderung und Teilhabe in Sachsen-Anhalt



Foto: www.dielinke-fraktion-lsa.de

Wulf Gallert im Landtag von Sachsen-Anhalt

„In der Einwanderungsdebatte ist ein Paradigmenwechsel nötig. Weg von Abwehr, hin zu einer Willkommenskultur. (...) Wir müssen Einwanderung als Chance begreifen und damit unser Land entwickeln“, so unser Fraktionsvorsitzender Wulf Gallert. Mit einem eigenen Antrag zur Förderung von Zuwanderung und Teilhabe in Sachsen-Anhalt griff die Fraktion DIE LINKE zur jüngsten Landtagssitzung aktuelle Entwicklungen und Diskussionen auf, die um Zuwanderung landes- und bundesweit geführt werden und nach wie vor im starken Maße von Abgrenzung, Reglementierung und Defizitorientierung geprägt sind. PolitikerInnen aller demokratischen Parteien seien aufgefordert, Antworten auf Erscheinungen wie PEGIDA, rassistische Mobilisierungen gegen Unterkünfte für Asylsuchende, die Wahlerfolge der rechtspopulistischen AfD, grundsätzlich ablehnende Haltungen gegenüber Politik und Medien, antidemokratische Positionierungen sowie verschiedene Spielarten von Rassismus zu finden. Ein positives Klima für Zuwanderung und Integration ist dabei eine entscheidende Voraussetzung. Zuwanderung muss geprägt sein von Offenheit, Humanismus und Solidarität, damit Menschen nach Sachsen-Anhalt kommen und ihre Ideen, ihre Energie und ihre Potenziale einbringen, auf die das Land dringend angewiesen ist.

Es gilt, sich klar gegen Stereotype über Aus-

länder zu stellen genauso wie gegen die Unterscheidung in ökonomisch nützliche und unerwünschte Migration, so Wulf Gallert. Ebenso gilt es soziale Ängste der Menschen ernst zu nehmen, für die Ausländer jedoch nicht als Sündenböcke herhalten dürfen. „Soziale Konflikte müssen als solche geführt und dürfen nicht ethnisiert werden“, fügte er hinzu.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE war mit weiteren konkreten Maßnahmen untersetzt, die eine Willkommenskultur für Zuwanderer in Sachsen-Anhalt etablieren und weiter fördern sollen. Dazu gehört ganz grundlegend, Zuwanderung nicht zuerst unter der Bedingung ihrer Begrenzung zu diskutieren, sondern Zuwanderung als ausdrückliches politisches Ziel zu begreifen. Zudem gilt es Kommunen stärker bei der Einrichtung von Integrationsangeboten, Sprachkursen für Flüchtlinge und bei der dezentralen Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen zu unterstützen. Mit Pilotprojekten muss die Landesregierung gezielte Instrumente zur Förderung der Arbeitsmarktintegration, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, schaffen und auf Bundesebene muss ein gezielter Einsatz der Abschaffung der Arbeitserlaubnispflicht für alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten, einschließlich der Asylsuchenden und Geduldeten gelten.

www.dielinke-fraktion-lsa.de

Inhalt:

Seite 1
Einwanderung als Chance begreifen

Seite 2
Cannabis muss endlich konsequent als Medikament freigegeben werden

Seite 3
„Gallert interessiert´s“ – Tour des Fraktionsvorsitzenden führte nach Staßfurt

Besuch der neuen Nienburger Bürgermeisterin

Seite 4
LINKEs Frauenpowerfrühstück in Staßfurt

Staßfurter Stadträtin Dr. Margit Kietz ist Salzlandfrau 2015

Seite 5
LINKE, SPD und DGB feierten Frauentag in Bernburg
Frauentagsfeier in Amesdorf
Frauentag im DRK-Seniorenwohnheim Güsten

Seite 6
Neues aus dem Kreistag

Gummibärchen, Stifte und eine Spende für die Kita Zwergenland

Seite 7
NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene anerkennen

Neustart für die Bernburger BO „Talstadt“



Mit Herz & Verstand

FÜR EIN LEBENSWERTES STAßFURT
UND SEINE ORTSCHAFTEN

unterstützt von der Partei **DIE LINKE.**

Cannabis muss endlich konsequent als Medikament freigegeben werden

Zur Landtagssitzung im Februar hatten wir einen Antrag mit der Zielsetzung eingebracht, dass Cannabis als Medikament freigegeben wird.

Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Zahlreiche Expertisen der vergangenen Jahrzehnte belegen, dass Cannabis weniger gefährlich ist als etwa Alkohol. So starben in den vergangenen zehn Jahren über 20.000 Personen in Sachsen-Anhalt an den Folgen von Alkohol- oder Nikotinkonsum, aber nur ein einziger an den Folgen von Cannabis. Trotzdem besteht die Prohibition kontinuierlich fort. Die politische Auseinandersetzung um die Droge Cannabis wirkt völlig festgefahren. Einzig im Bereich der medizinischen Nutzung von Cannabis ist etwas Bewegung ins Spiel gekommen.

Seit Anfang 2009 gibt es die Möglichkeit, für die Nutzung von Cannabis eine Ausnahmegenehmigung nach § 3 Abs. 2 Betäubungsmittelgesetz zu erhalten. Das Antragsverfahren hierzu ist sehr streng reglementiert. Ärztinnen und Ärzte müssen mit hohem bürokratischem Aufwand belegen, dass ihre PatientInnen austherapiert sind und kein herkömmliches Medikament eine vergleichbar gute Wirkung erzielt. Daher gibt es bundesweit bislang lediglich etwa 300 dieser Genehmigungen. Nur eine einzige davon wurde in Sachsen-Anhalt erteilt.

Tatsächlich gehen aber vorsichtige Expertisen von etwa einem Prozent der Bevölkerungszahl aus, die von Cannabis als Medikament profitieren könnten.

Bundesweit also etwa 800.000 und in Sachsen-Anhalt etwa 22.000 Menschen. Die schmerz- und krampfstillende Wirkung von Cannabis gilt in Fachkreisen als

besonders ergebnissicher. Es handelt sich dabei im Kern um Palliativmedizin.

Potentielle Anwendungsbereiche sind: Krebs, Multiple Sklerose, Spastiken, AIDS, Glaukom, bestimmte psychische Erkrankungen, ADHS, Rheuma sowie andere Schmerz- und Entzündungskrankheiten. Für viele der Menschen, die an einer dieser Krankheiten leiden, kann Cannabis wirklich segensreich sein!

Im vergangenen Monat hat Gesundheitsminister Gröhe nun angekündigt, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Cannabis für die Schmerztherapie im größeren Umfang zugänglich machen soll. Allerdings hat er dabei betont, einen „Missbrauch“ von Cannabis weiterhin verhindern zu wollen. Es steht also zu befürchten, dass die ideologischen Scheuklappen in Sachen Cannabis weiterhin eine wirkliche Lösung für alle Betroffenen verhindern. Dass weiterhin ein bürokratisches Antragsverfahren und enge Reglementierungen die Nutzung von Cannabis als Medikament beeinträchtigen werden. Wir wollen, dass die Landesregierung von Sachsen-Anhalt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine generelle Lösung auf Bundesebene engagiert.

Konkret treten wir dafür ein, dass Cannabis und Cannabisprodukte nach dem Betäubungsmittelgesetz vollständig verkehrs- und verschreibungsfähig werden. Zudem sollte der Verkauf von Cannabispräparaten generell freigegeben werden, damit Betroffene sich für den Eigenbedarf Cannabispflanzen züchten können. Wir sprechen uns damit gegen ein Antragsverfahren im Einzelfall aus.

Die Erfahrungen mit Ausnahmegenehmigungen für Cannabis als Medikament wa-

ren hierbei äußerst ernüchternd. Das Recht auf den Eigenanbau haben sich bereits im vergangenen Jahr die ersten PalliativpatientInnen vor Gericht erstritten. Wir halten es für unwürdig, wenn sich schwerstkranke Menschen dieses Recht in langwierigen Auseinandersetzungen immer wieder neu erkämpfen müssen.

Die von uns vorgeschlagene Form der Eigenversorgung ist quasi auch als eine Art Zwischenlösung zu verstehen. Denn solange Apotheken-Cannabis nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen wird, ist die Verschreibungsfähigkeit nur bedingt hilfreich. Apotheken-Cannabis ist mit 15,- bis 25,- Euro pro Gramm deutlich teurer als Cannabis auf dem illegalisierten Schwarzmarkt. Das gleiche Cannabis vom gleichen Hersteller kostet in kanadischen Apotheken lediglich etwa 5,- Euro pro Gramm, was in etwa den Schwarzmarktpreisen in Deutschland entspricht. Bei einer umfangreichen Schmerztherapie mit legalem Apothekencannabis kommen in Deutschland mehrere Hundert Euro zusammen. Es bleibt zu betonen, dass einige dieser Personen aufgrund ihrer schweren Erkrankung schon längere Zeit arbeitsunfähig sind und daher nicht selten von der Grundsicherung leben müssen.

Wir treten in unserem Antrag selbstverständlich auch dafür ein, dass Cannabis bei entsprechender Indikation durch die Gesetzliche Krankenversicherung übernommen wird. Allerdings hat auch die Bundesregierung bzw. der Bundestag keine direkte Möglichkeit, dies entsprechend anzuweisen.

Immerhin hat das Bundesgesundheitsministerium aber die Möglichkeit, gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss (oberstes Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen) ein Verfahren zur Bewertung von Cannabis einzufordern. Sollte dieser dennoch untätig bleiben, kann das Ministerium als Aufsichtsbehörde eine entsprechende Richtlinie erlassen. Der Antrag wurde in den Sozialausschuss, den Innenausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft überwiesen. Wir wünschen uns hier in eine sachorientierte Auseinandersetzung und werden uns dafür entsprechend einbringen.

Dr. Christiane Berger, wiss. Mitarbeiterin der Landtagsfraktion für Gesundheits-, Sozial- und Behindertenpolitik



Foto: Gerd Altmann (Pixelio)

Die Cannabisfreigabe sorgt trotz des bewiesenen medizinischen Nutzens immer noch für Kontroversen

„Gallert interessiert´s“ – Tour des Fraktionsvorsitzenden führte nach Staßfurt

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Landtag, Wulf Gallert, machte am 02.03. innerhalb seiner kommunalpolitischen Tour in Staßfurt Station. Begleitet wurde er von Bianca Görke, Katja Müller, Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Simona Rössing, OB-Kandidatin für Staßfurt.

Nach einem kurzen Begrüßungskaffee im Wahlkreisbüro MdL Bianca Görke ging es vom Stadtzentrum bei einem lockeren Spaziergang über Staßfurts neue Bodebrücke zur Staßfurter Urania. Diese Einrichtung der Erwachsenenbildung war von besonderer Bedeutung, wegen Görkes Themenfeld, aber auch wegen des überdurchschnittlichen Engagements bei der Durchführung von Sprachkursen.

Dr. Margit Kietz, Vorsitzende der Staßfurter Urania und Andrea Maindok gaben einen kurzen Exkurs durch die Geschichte des Bildungsträgers mit ihren Höhen und Tiefen. Natürlich muss wirtschaftlich gearbeitet werden, aber soziale Kälte wird nie einziehen in die Staßfurter Urania. Da wunderte es auch nicht, dass neben den bewilligten Maßnahmen zur sprachlichen Bildung auch bereits Unterricht für die Menschen organisiert wurde, die eben gesetzlich diesen Anspruch noch nicht haben. Viel Empathie sei vonnöten aber auch fachliche Qualität ist gefragt. Dr. Blauwitz beispielsweise sei einer der ehrenamtlichen Dozenten, die ohne Honorar diesen Unterricht durchführen. Aber auch die anderen Kolleginnen und Kollegen erbringen Höchstleistungen. Viele Spra-



Foto: privat

Gesprächsrunde bei der Staßfurter Urania

chen, Kulturen, Schicksale und Mentalitäten kommen in den Kursen zusammen. Umso erfreulicher war, dass eine Teilnehmerin kurzfristig in ein Arbeitsverhältnis als Dolmetscherin vermittelt werden konnte. Eine Vollzeitbeschäftigung nach Tarif, verkündete die Lehrerin sichtlich gerührt.

Wulf Gallert war dann auch sehr angetan von der Professionalität und eben dieses Stück Menschlichkeit darüber hinaus. Das sind die Attribute einer gelebten Willkommenskultur, betonte er in seinen Dankesworten an die Urania.

Ein Besuch bei einem weiteren Bildungsträger, allerdings der beruflichen Rehabilitation, rundete den Vormittag ab. Der Geschäftsführer des Berufsbildungswerks Sachsen Anhalt GmbH, Frank Memmler,

gab Rückblicke, Einblicke und Visionen. Auch hier sind die Finanzen natürlich immer im Blick zu halten. Eine erfreuliche, leichte Vorwärtsbewegung kann das Bildungswerk bei der Vermittlung von Absolventen berichten. Noch vor Jahren war die Bereitschaft der Betriebe, es zumindest zu versuchen, deutlich geringer. Diesem Positivum gegenüber

steht eine Mauer aus Bürokratie, ein zähes Ringen mit den Rententrägern bei gleichzeitigem Anspruch nach Qualität und gerechter Entlohnung. Dies sei immer kräftezehrend, so Memmler.

Nach Besichtigung der Werkstätten mit modernster Technik ging es wieder ins Büro, wo bereits die Gegner des Dauerbetriebes der Dickstoffversatzanlage auf Wulf warteten. Eine sachliche Diskussion gab hier Einblicke in die Bedenken. Wulf konnte sensibilisiert werden und versprach, diese Problematik weiterhin zu verfolgen, und mit dem Umweltexperten der Fraktion, Andre Lüderitz, Rücksprache zu halten.

MdL Bianca Görke

Besuch der neuen Nienburger Bürgermeisterin

Am 23. Februar besuchte Birke Bull (MdL) erstmals die neue Nienburger Bürgermeisterin, Frau Falke. Das Gespräch drehte sich um Fragen wie nicht passgenaue Förderprogramme, um den Kampf mit der Bürokratie und Finanznot, im Fall von Nienburg u.a. durch die Verschleppung der Auszahlung von zugesagten Fördermitteln durch das Landesverwaltungsamt.

Aber auch die Kitagebühren waren Thema. Hier kam ein Problem zur Sprache, das nahezu flächendeckend auftritt und deshalb auch in einer aktuellen Debatte im Landtag eine Rolle spielen wird. Die Neugestaltung des KiFöG beinhaltet, eine transparente Kalkulation der Kosten für Kindertagesstätten und die Beteiligung der Kommune am Defizit ausgleich „mit mindestens 50%“. Das Defizit beinhaltet in diesem Fall alle Kosten, die nicht vom Land abgedeckt werden. Es wird anteilig von der Kommune und den Eltern, in Form von Elternbeiträgen, getragen. Die-



Foto: privat

Birke Bull zu Gast bei Bürgermeisterin Falke

ser Passus im Gesetz führt dazu, dass Kommunen, die in der Haushaltskonsolidierung sind, in der Regel nicht mehr als 50% des Defizites tragen dürfen. Wenn Kommunen früher einen größeren Anteil übernommen haben, um Eltern zu entlasten, steigen jetzt die Elternbeiträge. Die transparente Kalkulation führt außerdem

dazu, dass Kosten, die früher auf mehrere Haushaltsstellen verteilt waren, nun zwangsläufig in die Kosten für den Kitaplatz eingerechnet werden müssen. Für dieses Problem muss der Landtag eine Lösung finden. Die aktuelle Debatte soll der erste Aufschlag dafür sein.

Im Anschluss an das Gespräch konnte sich die Abgeordnete den Kitaneubau im schlüsselfertigen Zustand ansehen. Helle, freundliche Räume mit wunder-

bar durchdachten Details warten darauf, mit Leben erfüllt zu werden. Hier finden Kinder und Pädagoginnen wirklich hervorragende Voraussetzungen.

Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull

LINKES Frauenpowerfrühstück in Staßfurt

Anlässlich des Internationalen Frauentages hatte die Staßfurter LINKE alle Freundinnen, Kolleginnen, Mütter, Töchter, Schwestern, Großmütter, Liebhaberinnen, Nachbarinnen, Schönheitsköniginnen, Gegnerinnen, Revolutionärinnen, Mädchen & Diven zu einem LINKES Frauenpowerfrühstück am 8. März in das Staßfurter Salzlandcenter eingeladen.

Die anwesenden Frauen konnten eine interessante, kommunikative und solidarische Podiumsdiskussion mit Birke Bull (MdL) - Landesvorsitzende DIE LINKE Sachsen-Anhalt; Eva von Angern (MdL) - Vorsitzende des Landesfrauenrates; Rechtsanwältin Simona Rössing - Oberbürgermeisterkandidatin für Staßfurt, Bianca Görke - Mitglied des Landtags und Dr. Margit Kietz - Kommunalpolitikerin aus Staßfurt erleben. Natürlich waren die anwesenden Staßfurterinnen mit ihren eigenen Fragen in den Dialog einbezogen. Und der aufmerksame Zuhörer konnte feststellen: Frauen machen anders Politik, eben „mit Herz und Verstand“ - wie es Simona Rössing formulierte. Frauen wollen gleiche Chancen, also die Hälfte, in Politik, Beruf, Wirtschaft und Macht, stellen sie doch die Hälfte der Weltbevölkerung dar. Ja, Frauen geben den Männern die Chance, bei Kindererziehung, Haushalt und Familie eben auch die Hälfte der Aufgaben wegzutragen. All dies ist noch eine Vision, die es weiter zu erstreiten gilt - meint Birke Bull ganz konkret.



Foto: privat

Diskussion beim Staßfurter Frauenpowerfrühstück

Doch auch die Kultur kam Sonntagmorgen nicht zu kurz. Das Duo „Leicht-Sinn“ aus Aschersleben stellte verschiedenste Überlegungen zu Frauen- und Männerbildern an, diesmal lustig, mal nachdenkenswert und stets humorvoll. Das Programm „In 50 Jahren ist alles vorbei.“ war Kleinkunst vom Feinsten mit Liedern, Moritaten und Texten über die Liebe und das Leben.

Deshalb waren sich die Besucherinnen der Veranstaltung am Ende einig: Frauen haben Power! Frauen gehören zur Hälfte in die erste Reihe, egal an welchen Punkten der Gesellschaft!

Ralf-P. Schmidt, Wahlkampfleiter im OB-Wahlkampf in Staßfurt

Staßfurter Stadträtin Dr. Margit Kietz ist Salzlandfrau 2015

Die Auszeichnung von sechs verdienstvollen Frauen des Salzlandkreises erfolgte aus Anlass des 8. März 2015 in Schönebeck.

Unter den 17 in diesem Jahr nominierten Frauen aus dem Salzlandkreis, befand sich auch die Vorsitzende der URANIA Staßfurt, Dr. Margit Kietz. Sie war von der URANIA für die Kategorie Soziales vorgeschlagen worden. Mit der Auszeichnung wurde ihr jahreslanges ehrenamtliches Engagement gewürdigt.

In seiner Laudatio begründete der Oberbürgermeister von Staßfurt Rene Zok die Würdigung.

Sie gehört seit 1980 zur Urania und half mit, dass sie unter den neuen Bedingungen weiter erfolgreich umfangreiche Bildungsangebote unterbreiten konnte. Nach jahrelanger Vorstandsmitgliedschaft ist sie nun schon seit einigen Jahren Vorsitzende. Gewürdigt wird ihre Initiative bei der Durchführung der „Medizinischen Donnerstages“ auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages mit dem AMOES - Klinikum in Staßfurt. Sie unterstützt die

Staßfurter Tafel mit Naturalien - und Kleiderspenden und leistet seit 15 Jahren ehrenamtliche Arbeit im Staßfurter Tierschutzverein, wo sie vor allem mit Geldspenden unterstützt.

Nicht nur in der Region ist sie bekannt als eine feste Größe in der Staßfurter Karnivalsgesellschaft. Hier arbeitet sie vor allem an den Tanzdarbietungen mit.

Die Mitglieder des Ortsverbandes Partei DIE LINKE und die Mitglieder der Stadtratsfraktion begrüßen die Auszeichnung zur Salzlandfrau sehr. Sie kennen Margit aus vielen Begegnungen in der letzten Zeit. Noch in guter Erinnerung ist ihr Auftreten während der Nominierungsveranstaltung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Stadtratswahl am 1. März 2014. Als Parteilose erklärte sie sich bereit, auf unserer Liste zu kandidieren und zog mit einem sehr guten Wahlergebnis im Mai 2014 in den neuen Stadtrat ein. Als Neuling in der Kommunalpolitik und als Mitglied im Ausschuss für Bau, Sanierung, Wirtschaft, Verkehr und Umwelt hatte sie in der kurzen Zeit

schon eine Reihe von echten Herausforderungen zu bestehen. Gerade in der Diskussion um den Dauerbetrieb der Dickstoffversatzanlage lässt sie sich von der Verwaltung nicht von ihrem Weg abbringen, den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt gegenüber verantwortlich zu sein und nicht einer Wirtschaftslobby nachzugeben. Als engagierte Frau ist sie eine tatkräftige Bereicherung für eine konstruktive und sachliche Arbeit in der Fraktion. Ihre Meinung wird von allen akzeptiert und darum auch immer wieder eingefordert.

Wenn sie auch in der Kategorie „Soziales“ Salzlandfrau 2015 geworden ist, in der Kategorie „Politik“ wäre sie auch die Richtige für eine Nominierung. Nach Lotti Freist aus Hecklingen und Brigitte Köplin aus Staßfurt ist sie jetzt die dritte Geehrte aus unserer Region.

Klaus Magenheimer, Vorsitzender der Stadtratsfraktion

LINKE, SPD und DGB feierten Frauentag in Bernburg



Foto: privat

Volles Haus beim Frauentag in Bernburg

80 Gäste sorgten am 6. März für einen vollen Saal bei der Frauentagsveranstaltung von LINKE, SPD und DGB in Bernburg. Unter dem Motto „Kaffee, Kuchen, Kabarett“ hatten die drei Partner gemeinsam ein Programm im Vorfeld des internationalen Frauentages auf die Beine gestellt. Friedel Meinecke, Ortschef der SPD und des DGB sowie Jörg Lemmert als Ortsvorsitzender der LINKEN, führten mit kurzen Ausführungen zur Geschichte und zur aktuellen Bedeutung des Frauentages in den Nachmittag ein. Es ging dabei u.a um die Anfänge vor über 100 Jahren, als Clara Zetkin und die damalige Frauenbewegung ein Wahlrecht auch für Frauen einforderten und natürlich auch um aktuelle Gleichstellungsdebatten. Friedel Meinecke bezeichnete in diesem Zusammenhang die am gleichen Tag beschlossene Frauenquote in Dax-Unternehmen als viel zu zaghaften Schritt der Bundesregierung. Anschließend übernahmen die „KabaRatten“ das Kommando. Die begeistertsten Gäs-

letzen beiden Jahren, für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung, die in dieser „rot-rot-roten“ Konstellation zum ersten und bestimmt nicht letzten Mal stattfand. Gemeinsam lässt sich diese, für die Gäste kostenlose, Veranstaltung besser stemmen und außerdem wird mit der Zusammenarbeit natürlich ein nicht zu verachtendes politisches Zeichen gesetzt. Der Aufwand zur Vorbereitung und Durchführung der Frauentagsfeier ist nicht unerheblich, weshalb allen Beteiligten an dieser Stelle ein großes Dankeschön ausgesprochen werden soll. Nachdem sich ein Unterhaltungsprogramm bei Kaffee und Kuchen in den letzten Jahren als Erfolgsgarant am Frauentag herausgestellt hat, soll es natürlich auch 2016 in ähnlicher Form weitergehen. Wer Programmvorschläge für das nächste Jahr, kann sich gerne beim Bernburger Ortsvorstand melden.

Jörg Lemmert,
Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg

te im Saal der Stiftung evangelische Jugendhilfe erhielten erste Einblicke in das neue Programm der Bernburger Kabarett-Damen. Unter dem Titel „Freud‘ und Light“ gab es satirische Seitenhiebe auf die Herren der Schöpfung und somit viel zu lachen für die anwesenden Damen. Gunther Seyffert sorgte an diesem Nachmittag, wie auch schon in den

Frauentag im DRK-Seniorenwohnheim Güsten

Am Sonntagvormittag – 08. März – besuchten für den Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper Tobias Pochanke (Ortsvorsitzender) und Ernst Hermann Brink (stellvertretender Kreistagsvorsitzender) den DRK-Seniorenwohnpark in Güsten. Im Vorfeld hatte sich der Ortsvorstand und Abgeordnete der LINKEN dazu verständigt, statt den sonst üblichen Gratulationen vor Einkaufszentren, ein Seniorenheim aufzusuchen. Zu den Glückwünschen an die Frauen zu ihrem Ehrentag überreichten sie zur Überraschung und Freu-



Foto: privat

Nelken für die Frauen im Seniorenwohnheim

de der Seniorinnen und der Mitarbeiterinnen rote Nelken. Viele Seniorinnen wollten von den zwei LINKEN wissen; „Womit haben wir das verdient?“ Die Antwort war einfach: „Heute ist Frauentag und dies ist ein Tag an dem alle Frauen geehrt werden.“ Mit einem großen Dankeschön und strahlenden Gesichtern wurden die beiden LINKEN auf allen 3 Etagen verabschiedet.

Manfred Bölke, Mitglied im Ortsvorstand
DIE LINKE Saale-Wipper

Frauentagsfeier in Amesdorf

Am 8. März hatten DIE LINKEN Saale-Wipper und die Volkssolidarität Amesdorf erneut zu einer gemeinsamen Frauentagsfeier in den Gemeindesaal nach Amesdorf eingeladen. Nachdem alle Frauen mit einer Nelke begrüßt wurden, eröffnete LINKE-Chef Pochanke die Veranstaltung, auf der sich zahlreiche Damen aus dem gesamten Salzlandkreis eingefunden hatten und ging dabei auch auf die historische Dimension des Internationalen Frauentages ein: „Wenn ich manchmal Vertreter der konservativen Parteien zum Frauentag Blumen verteilen sehe, stelle ich mir die Frage, ob die überhaupt wissen, wie der Frauentag entstanden ist und warum er ausgerechnet am 8. März begangen wird. Clara Zetkin, Kommunistin und ehemals Alterspräsidentin des Reichstages, schlug bereits 1910 auf der zweiten inter-

nationalen sozialistischen Frauenkonferenz die Einführung eines Internationalen Frauentages vor. Am 19. März 1911 fand dann der erste Frauentag statt. Es waren Arbeiter- und Soldatenfrauen und Frauen der Bauernschaft, die durch einen Streik in Sankt Petersburg am 8. März 1917 die Februarrevolution in Russland auslösten. Ihnen zu Ehren beschloss die Internationale Konferenz kommunistischer Frauen 1921 den 8. März als Frauentag zu begehen.“

Wie schon im vergangenen Jahr gab es Kaffee, Kuchen und Erdbeerbowle. Und natürlich jede Menge Kultur. Eingerahmt in das Programm der Schneidlinger Mandolinengruppe sorgten die „KabaRatten“ aus Bernburg dafür, dass die Lachmuskeln ordentlich angespannt wurden. Weiblich, frech und rattscharf blieb tie-

rischer Ernst einfach auf der Strecke. Zum Ausklang des Tages spielte die Mandolinengruppe aus Schneidlingen noch einmal bekannte Volkslieder, bei denen eifrig mitgesungen und mitgeschunkelt wurde.

Nach diesem hervorragenden Programm gab es lange stehenden Applaus, bis die Mandolinengruppe sich zu einer Zugabe überreden ließ. Anschließend wurde noch eifrig diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht aber auch gefeiert. Dies setzte sich auch noch nach dem reichhaltigen Abendessen fort. Mit dem Wissen, einen schönen und interessanten Nachmittag erlebt zu haben, gingen alle mit vielen neuen Eindrücken nach Hause.

Ernst H. Brinck,
Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper

Neues aus dem Kreistag

Am Mittwoch, den 04.03.2015, tagte der 6. Kreistag des Salzlandkreises im Kreistags-sitzungssaal in Bernburg. Auffällig waren die vielen Besucher und Besucherinnen, die angezogen durch die Bandbreite der Themen, die Sitzung besuchten. Neben den Besetzungen von beratenden Mitgliedern für den Jugendhilfeausschuss, wurde auch feierlich die Bestellung des Seniorenbeirates auf der Kreisebene vollzogen. 13 Mitglieder bilden nun den Seniorenbeirat, welche sich für die Belange der Senioren und Seniorinnen im Salzlandkreis einsetzen, darunter auch der linke Kommunalpolitiker Peter Maier aus Brumby. Während sich für den Ausländerbeauftragten noch kein Kandidat gefunden hat, wurde Torsten Sielmon erneut zum Behindertenbeauftragten des Salzlandkreises bestellt. In seiner Rede stellte Sielmon ein 8-Punkte-System vor, auf welches er seine Tätigkeit wieder aufbauen wird. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE/ UWG, Chris-

tian Jethon, warb gegenüber der Verwaltung darum künftige Nichtbesetzungen dieser Ämter zu vermeiden. Grundsätzlich besteht keine rechtliche Notwendigkeit, dass die Amtszeit des Ausländer- und des Behindertenbeauftragten wie bisher an die Legislaturperiode des Kreistages geknüpft sein müsse, erläuterte Jethon und beauftragte die Verwaltung andere Möglichkeiten zur Regelung der Amtszeit dieser beiden Ehrenämter zu prüfen. Weitere Diskussionen brandeten im Kreistag bezüglich des Betreuungskonzeptes für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen auf. Der Landrat warb zu Beginn der Debatte sich auf dieses einzulassen und betonte seine Notwendigkeit. Die Leiterin des Fachbereiches III, Frau Stephan, informierte die Anwesenden, dass sich aktuell über 50% der Flüchtlinge in dezentraler Unterbringung befinden und ihnen mit Hilfe des Konzeptes die Teilhabe und ein eigenverantwortliches Leben ermöglicht werden soll (vgl. B/0160/2015,

Anlage 3, S. 1). Insbesondere der Aufbau des Systems der „Soziallotsen“ und ihr Einsatz für die Asylsuchenden in dezentraler Unterbringung, welche beraten und erste Orientierungshilfen anbieten sollen, sind dringend notwendig geworden. Aber auch das Angebot der Nachholung von Bildungsabschlüssen jugendlicher Asylbewerber und die Durchführung von Sprachkursen für Asylsuchende, Flüchtlinge, Zuwanderer sowie Spätaussiedler zum Abbau von Sprachbarrieren sind wichtige Maßnahmen im vorgestellten Betreuungskonzept. Mit großer Mehrheit (lediglich 3 Enthaltungen) wurde das Betreuungskonzept schließlich verabschiedet und damit übernimmt der Salzlandkreis eine Vorreiterrolle in Sachsen-Anhalt, wo es solch ein Betreuungskonzept landesweit bislang noch nicht gibt.

*Henriette Krebs,
Fraktionsassistentin der Kreistagsfraktion*

Gummibärchen, Stifte und eine Spende für die Kinder der Kita „Zwergenland“

Am sonnigen Donnerstagsmittag besuchte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Jethon die Kinder der „Kita Zwergenland“ aus Hohenedlau. Er wollte sehen, wie es den Kindern in ihrem Notquartier in der „Villa Dreikäsehoch“ in Bebitz geht und sich nach dem aktuellen Stand erkundigen.

Herzlich wurde er von den Kindern, den Erzieherinnen und Erziehern und der Leiterin Frau Föllner empfangen. Insgesamt gehe es ihnen sehr gut, berichtete Frau Föllner, auch wenn es natürlich nicht wie daheim, in



Foto: privat

Unterstützung für die Kita Zwergenland

noch eine ganze Weile den längeren Fahrweg auf sich nehmen. Fest steht bisher, dass es sich um schwere Brandstiftung handelt und die Verhandlung mit der Versicherung begonnen hat. Frau Föllner hofft, auf der Dienstbesprechung mit dem Kita-Träger „Rückenwind e.V.“ in der kommenden Woche mehr zu erfahren, und natürlich auf einen schnellen Beginn der Sanierungsmaßnahmen.

Für künftige Neuanschaffungen übergab Christian Jethon den Kindern des „Zwergenlandes“ zugleich eine kleine Spende. Aber insbesondere die Gummibärchen und Buntstifte fanden reißenden Anklang bei den kleinen und großen

der eigenen Kindertagesstätte, wäre. Sie haben sich gut in den 2 Räumen eingelebt, welche ihnen die Kolleginnen und Kollegen der „Villa Dreikäsehoch“ überlassen haben. Auch die zahlreichen Sach- und Spielzeugspenden aus der Bevölkerung trugen dazu bei, dass sie sich gemütlich einrichten konnten. Denn bei dem Feuer vor einem Monat in Hohenedlau ist der größte Teil der Spielsachen verbrannt,

und auch die unbeschädigten Gegenstände dürfen nicht weiter verwendet werden, da sie mit Schadstoffen belastet sind. Es sind jedoch nicht die Spielsachen, die besonders vermisst werden, sondern der Verlust der Fotos und der selbst gemalten Bilder, bedauern die Kinder und ihre Erzieherinnen sehr.

Wie es nun weitergeht, bleibt ungewiss. Die Eltern der 20 Kinder müssen wohl

„Zwergenkindern“. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE/UWG wünscht den Kindern mit ihren Erzieherinnen, Erziehern und ihrer Leiterin alles Gute für die Zukunft und hofft, dass es bald wieder viele neue Bilder von einem alten-neuen Zuhause gibt.

Henriette Krebs

NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene anerkennen

Von den etwa 5,7 Millionen Rotarmisten, die in die Gewalt der Wehrmacht gerieten, kamen geschätzte 3,3 Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft um. Sie wurden auf kaum fassbare Weise durch Mord, Hunger, Kälte, Krankheit und Arbeit vernichtet. DIE LINKE fordert, den wenigen überlebenden ehemaligen Kriegsgefangenen eine einmalige individuelle Anerkennung für ihr erlittenes Unrecht zukommen zu lassen. Das ist das Mindeste, was die Bundesrepublik 70 Jahre nach Ende des rassistischen Vernichtungskrieges tun kann, so Jan Korte in seiner Rede zum Antrag der LINKEN „Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene“, die wir hier in Auszügen abdrucken.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor kurzem haben wir hier der 6 Millionen Opfer der Schoah gedacht, des Zivilisationsbruches Auschwitz. (...)

Heute geht es um eine de facto vergessene Opfergruppe: Es geht um 6 Millionen sowjetische Kriegsgefangene. Von diesen 6 Millionen starben 3,3 Millionen unter der Verantwortung der Wehrmacht durch Hunger, Krankheiten, Kälte, Zwangsarbeit oder massenweise Erschießung. Aus Anlass des 70. Jahrestages gilt es im Übrigen auch und in besonderer Weise, den 27 Millionen toten Menschen der Sowjetunion, übrigens mit und ohne Uniform, im Allgemeinen und den 3,3 Millionen toten sowjetischen Kriegsgefangenen im Speziellen



Foto: privat

zu danken und ihre Opfer für die Befreiung Europas zu würdigen. (...)

70 Jahre danach ist es nun an der Zeit, dieser vergessenen Opfergruppe zu gedenken und den gerade einmal noch rund 4 000 Überlebenden zumindest eine kleine Entschädigung zukommen zu lassen. (...)

Es gibt natürlich historische und politische Gründe, warum den sowjetischen Kriegsgefangenen ihre Würde nicht gegeben wurde, warum sie nicht entschädigt wurden. Es gab zum einen in der alten Bundesrepublik einen quasi staatsreligiösen Antikommunismus, in dessen Klima der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion geradezu als legitim in weiten Teilen der Gesellschaft angesehen wurde. (...) Außerdem war Nachkriegsdeutschland logischerweise und bekanntermaßen - das

ist eigentlich unumstritten - geprägt von der Abwehr der Schuld und der „Unfähigkeit zu trauern“, wie es die Mitscherlichs dargelegt haben. Ein weiterer Grund, warum dieser Opfergruppe auch in Osteuropa und in der Sowjetunion nicht gedacht wurde, war, dass sie unter Stalin als Verräter und Kollaborateure gegolten haben; auch deswegen ist diese Opfergruppe so in Vergessenheit geraten.

Heute ist es nunmehr an der Zeit, eine Entschädigung auf den Weg zu bringen und in der Diskussion um das Ganze insgesamt über ein Konzept für die NS-Opfer in Osteuropa nachzudenken, also zu überlegen, wie wir ihrer besser und angemessener gedenken können. Versuchen wir nach so vielen Jahren wenigstens, ein winzig kleines Stück der von Ralph Giordano treffend als „zweite Schuld“ charakterisierten Politik Nachkriegsdeutschlands abzutragen: Entschädigen wir die noch wenigen lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen. Es sind wirklich nicht mehr viele. Im Übrigen haben wir kaum noch Zeit dafür. Wir müssen uns beeilen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu den heute vorliegenden Anträgen.

Vielen Dank.

MdB Jan Korte, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag

Neustart für die Bernburger BO „Talstadt“

Nachdem innerhalb kurzer Zeit vier aktive Genossen aus der Basisgruppe plötzlich verstorben sind, stand die Basisgruppe „Talstadt“ vor dem Aus. Diesem Zustand machtlos zuzusehen, konnten wir nicht zulassen. Mit großer Sorge zerfiel eine ehemals aktive Basisgruppe.

Wir holten uns Hilfe. Mehrmals konnten wir den Genossen Peter Trench in unseren Zusammenkünften begrüßen, der besonders das Thema „Ukraine-Krieg“ zur Diskussion stellte. Auch der Genosse Friedrich Thiemann sprach zum Thema „25 Jahre friedlicher Übergang von der Teilung zur Einheit Deutschlands und die Rolle der Geheimdienste in Ost und West“, zu dem sich immer eine rege Diskussion entwickelte.

Unsere Basisgruppe hatte also keine Leitung mehr. So war es an der Zeit, eine neue Leitung zu wählen. In unserer Versammlung am 29.01.2015 wählten wir eine neue Leitung. Hierzu hat uns der Genosse Lothar Boese hilf-

reich zur Seite gestanden. Er übernahm die Wahlleitung in geheimer Abstimmung. Von den sieben anwesenden Genossinnen und Genossen wurden der Genosse Uwe Käthner als Vorsitzender, die Genossinnen Christine Bittner und Christine Pfeiffer als seine Stellvertreter und die Genossin Helle Käthner für die organisatorische Leitung zuständig, gewählt. Mit der Wahl dieser jüngeren Genossen gelang uns gleichzeitig ein Generationswechsel.

Zuvor hatte der Genosse Boese zu allgemeinen Fragen und Wichtigkeiten einer statutengemäßen Wahl Ausführungen gemacht. Des weiteren erläuterte er ein Schreiben des Parteivorstandes zu Fragen, wie, wie verhalten wir uns im Zusammenhang mit „PEGIDA“?

Die neue Leitung wird sich in den nächsten Tagen treffen und über bestimmte Aufgaben, die wir uns für die nächste Zeit stellen, beraten. Dabei werden wir einen Arbeitsplan erarbeiten und anstehende zukünftige Aufgaben der

Basisgruppe, wie Frauentagsfeier, 1. Mai-Feier, Wahlen im nächsten Jahr und vieles andere mehr, beraten. Eine nächste Zusammenkunft der Basisgruppe ist für Anfang März geplant, wo wir mit dem Genossen Trench zum Thema „Freihandelszone“ diskutieren wollen. Hierzu gibt es vielerlei Unklarheiten. Manch einer weiß gar nicht was das ist oder man hat sich darüber noch gar keine Gedanken gemacht, was da auf uns zukäme.

Wir wollen also für die nächste Zeit die Arbeit der Basisgruppe wieder aktivieren, eventuell neue Mitglieder gewinnen, neue Zeitungsleser gewinnen, zu aktuellen Themen diskutieren, an Feierlichkeiten und Vorträgen und anderen Versammlungen der Partei teilnehmen oder auch einmal wieder z.B. ein Museum zu besuchen. Möglichkeiten gibt es genug.

*Hella Käthner,
BO Bernburg Talstadt*

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
März
recht herzlich**

zum 91. Geburtstag
Gertrud Große

zum 89. Geburtstag
Rudolf Böhnstedt

zum 88. Geburtstag
Alfred Staude

zum 86. Geburtstag
Charlotte Otto
Christa Schneider

zum 85. Geburtstag
Christa Bust

zum 83. Geburtstag
Walter Wohlrab

zum 82. Geburtstag
Helga Friedrich
Vera Näther
Horst Hörold

zum 75. Geburtstag
Johann-Wolfgang Otto

zum 70. Geburtstag
Annedore Neumann

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
März Geburtstag haben.**



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am 01.04.2015 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

LINKE Aschersleben vor Ort im Gespräch

Am 09.04.2015 ab 10 Uhr auf dem Holzmarkt in Aschersleben



Die **LINKE Woche der Zukunft** vom **23.04.2015 bis 26.04.2015 in Berlin** bietet 80 Veranstaltungen in 4 Tagen. Vorträge, Strategiewerkstätten, Vernetzungstreffen, Kultur, Stadtpaziergänge. Ideen, Diskussionen und Erfahrungen aller Interessierten sind gefragt! Mehr Informationen gibt es auf www.linkewochederzukunft.de

Osterbastelei im Wahlkreisbüro

Im Staßfurter Büro von MdL Bianca Görke (Steinstraße 20) darf am 23.03.2015 ab 15 Uhr fleißig für das bevorstehende Osterfest gebastelt werden.

Wahlparty in Staßfurt

Die Wahlparty zur Oberbürgermeisterwahl startet am 29.03. 2015 um 17:30 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

Sitzung der Fraktion DIE LINKE/ UWG im Kreistag Salzlandkreis

Die Fraktion tagt am 23.03.2015 ab 18:00 Uhr öffentlich im Fraktionsbüro in Staßfurt.

Erwerbslosenfrühstück in Bernburg

Beim nächsten Erwerbslosenfrühstück am 30.03.2015 im Bernburger Bürgerbüro wird Peter Kaufmann als Vorsitzender des Mietervereins Bernburg zu Gast sein. Los geht es wieder um 10 Uhr.

„Kaffee mit Links“

Am 08.04.2015 ab 16 Uhr gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Bürgerbüro ins Gespräch zu kommen.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 06. April 2015.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 12. März 2015.

Nachruf

In stillem Gedenken
Jörg Barczinski



OV Staßfurt
Kreisvorstand

Die Mitglieder des Ortsverbandes Staßfurt trauern um ihren langjährigen Wegbegleiter und Mitstreiter

Jörg Barczinski.

Alle Stationen seines Wirkens erfüllte er mit Konsequenz und voller Achtung gegenüber den ihn umgebenden Personenkreis.

Anerkennung und Wertschätzung erwarb er sich auch durch sein Wirken als Mitglied des Stadtrates von Staßfurt und unter den Mitgliedern der Volkssolidarität seines Heimatortes Rathmannsdorf.

Wenn auch das Leben vergänglich ist, so bleiben doch unsere Achtung und Erinnerung an einen aufrechten Mitstreiter für unsere Sache. Wir werden ihn nicht vergessen.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst ausgewogen aus allen Regionen des Salzlandkreises berichten und sucht deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeitswirksame Aktion, Stellungnahmen, geschichtliche Betrachtung, Beiträge aus der Kommunalpolitik usw.. Wir freuen uns über Zusarbeiten aus allen Bereichen. Interessenten nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden